

Es fehlen:

- Festlegungen zu Art und Ausmaß möglicher Gefährdungen
- Eine Benennung von Normen, aus denen eine Garantenstellung der Stadt -bei nachteiliger Abweichung- abgeleitet werden könnte.
- Aussagen zur Notwendigkeit, Üblichkeit, Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit, die als Entscheidungsvoraussetzungen für die Beurteilung einer Garantenpflicht des Auftraggebers gelten müssen.
- Allgemein anerkannte, wesentliche Merkmale eines Gutachtens (a. Auftragsdefinition; b. Zielvorgabe c. Methodendarstellung mit der Nennung der normativen Beurteilungskriterien; d. Ableitung der „sachverständigen“ Rückschlüsse aus der Sachverhaltsfeststellung im Vergleich zu den Prüfnormen)

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschluss des Stadtrats vom 22.05.2023 wird vorläufig außer Vollzug gesetzt.

2. Die Stadt beauftragt eine sachverständige und bezüglich einer Verkehrssicherungspflicht für öffentliche Wege und Anlagen unzweifelhaft qualifizierte Institution (öffentlich bestellt und/oder zertifiziert und/oder einem anerkannten Sachverständigenverband angehörig) mit einer sachverständigen Beurteilung folgender Fragen:

- Gibt es aus sicherheitstechnischer Sicht an den Stellen, die Gegenstand des vorgenannten Beschlusses sind, Gefahren, die ein die normale Sorgfalt beachtender Nutzer nicht oder nicht rechtzeitig erkennen und vermeiden kann?
- Falls es solche Stellen gibt, sind dann die im vorgenannten Beschluss beschriebenen Sicherungsmaßnahmen aus objektiver sicherheitstechnischer Sicht nach Art und Umfang notwendig bzw. erforderlich?
- Falls es solche Stellen gibt, sind dann die im vorgenannten Beschluss beschriebenen Sicherungsmaßnahmen aus objektiver, sicherheitstechnischer Sicht nach Art und Umfang zweckmäßig?
- Ist das Verhältnis zwischen der dem Beschluss zugrunde liegenden und aus der Stellungnahme der SISSWA bzw. dem Maßnahmenkatalog der GTL hervorgehenden Einschätzung von Gefahrenlagen und dem betreffenden Aufwand der Gefahren einschränkung aus sicherheitstechnischer Sicht als angemessen einzuschätzen, oder drängen sich niederschwelligere, angemessenere Maßnahmen zur Erreichung der angestrebten Ziele auf?
- Falls Zweifel an Notwendigkeit und/oder Zweckmäßigkeit oder Angemessenheit solcher Maßnahmen begründet wären, welche dieser oder alternativer Maßnahmen würden nach Art und/oder Umfang ausreichen, um die Zielerreichung zu gewährleisten?

3. Abschließende Entscheidung zum außer Vollzug gesetzten Beschluss nach Eingang der Beurteilung und erneuter Beratung, u.a. zu Fragen der Wirtschaftlichkeit und Zumutbarkeit der im Beschluss enthaltenen oder sich alternativ anbietenden Sicherungsmaßnahmen.

Wir bitten um Vorlage dieses Antrags zur Abstimmung im Stadtrat am 19.07.23

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Ulrich Schöffel

Roland Freiberg

[Handwritten signatures and initials]

2